

Berlin, Dienstag,

den 21. Januar 1879.

Dieses Blatt erscheint in der Woche zweifachmal.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich f. Berlin 7 Mark 50 Pf., für ganz Preußen, das übrige Deutschland und ganz Oesterreich 9 Mark.

Insertions-Gebühr:

die dreigespaltene Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen außer anderen tabellarischen Uebersichten eine Zusammenstellung aller Submissionen, Allgemeine Verloofungs-Tabellen und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für die Monate **Februar** und **März** eröffnen wir ein **besonderes Abonnement.** Auswärts werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Postanstalten, in Berlin zum Preise von 6 Mark bei allen Stadt-Postanstalten, und zum Preise von 5 Mk. bei sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie in unserer Expedition, Kronenstraße Nr. 37, entgegengenommen.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 20. Januar, Abends. (G. L. G.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde in der engeren Wahl Justizrath Friedensburg mit 50 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat Miquel erhielt 47 Stimmen. Zum zweiten Bürgermeister wurde der Stadtsyndicus Dichtuth mit 93 Stimmen gewählt.

Blymouth, 20. Januar. (G. L. G.) Der Hamburger Postkämpfer „Seider“ ist vorgestern Abend 10 Uhr hier eingetroffen.

Petersburg, 20. Januar. (G. L. G.) Durch verschiedene Zeitungen läuft gegenwärtig eine Mitteilung, wonach nach dem Abzuge der Russischen Truppen eine Europäische gemischte Occupation Ruoniens stattfinden solle, bei welcher vorzugsweise Belgien und Schweden beiteilig sein und auch die Großmächte ein kleines Contingent stellen sollen. In Bezug auf diese Nachrichten wird von unrichtigen Personen mitgeteilt: 1) Die Frage einer gemischten militärischen Besetzung nach dem Abzuge der Russischen Truppen aus Dänemark ist in A. von dem Oesterreichischen Minister, Grafen Andrassy, zur Zeit des Berliner Congresses angeregt worden. 2) Die angelegenen Specialien (Ziffern, Nationalität der Contingente) beruhen durchweg nicht auf tatsächlicher Unterlage. 3) Es hat über die Frage seiner Zeit unter einzelnen Mächten ein Ideenaustausch stattgefunden, welcher aber nicht zu einem Abschlusse geführt hat. 4) Es hat gegenwärtig nicht den Anschein, als ob das Project einer solchen gemischten Occupation zur Ausführung gelangen werde. (Siehe auch in der II. Beilage.)

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Geheimen Hofrath Bork, die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Großherzog von Baden ihm verliehenen Commandeurkreuzes zweiter Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen erteilt.

Der König hat dem Vice-Präsidenten Wenkel bei dem Ober-Tribunal den Charakter als Wirklicher Geheimen Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rathes Erster Klasse, und der verwitweten Frau Auguste Schirmer, geborenen Gutzeit, zu Königsberg i. Pr. das Prädicat einer königlichen Hofleierantin verliehen.

Der seitherige Kreiswundarzt Dr. med. Alischer in Leobichau ist zum Kreisphysikus des Kreises Leobichau, und der seitherige Kreiswundarzt Dr. Clemen in Mirteln zum Kreisphysikus des Kreises Mirteln ernannt worden.

Der Arzt Dr. med. Maschmann ist mit Befreiung seines Wohnsitzes in Liebenwalde zum Kreiswundarzt des Kreises Nieder-Barnim ernannt worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, den 21. Januar.

Der Kaiser empfing am Sonntag den Staatsminister v. Bülow. — Gestern Vormittag nahm der Kaiser Meldungen entgegen, ließ sich Vorträge halten und arbeitete mit dem Geh. Cabinetrath v. Wilmonski. Das Capital des Ordens vom Schwarzen Adler, welches am 25. d. Mts. stattfinden sollte, wird, da an demselben Tage auch die Beizehung der Leiche des Prinzen Heinrich der Niederlande in Delft erfolgt, erst am 27. d. M. abgehalten werden.

In Frankreich hat sich die Republik dem Anschein nach durch die Senatswahlen befestigt und consolidirt, aber die Republikaner fangen an, sich gegenständig die Beute streitig zu machen. Mit dem

Augenblicke, in welchem die verschiedenen monarchischen Feinde der Republik zur Dinnmacht verurtheilt waren, regt sich in den vorgeschrittenen Republikanern die Sucht, mehr und mehr die Gewalt an sich zu reißen. Die radicalen Republikaner sind in dieser ganzen Angelegenheit nicht recht aufrichtig. Es kommt ihnen im Grunde viel weniger auf Principien und freirechtliche Grundzüge, als vielmehr auf Stellen, Plätze, Macht und Einfluß an. Sie wollen jetzt, nachdem sie so lange an diesen schönen Dingen empfindlich Mangel gelitten, sich endlich auch an die gebete Tafel der Republik setzen und sich an ihr sättigen. Dazu kommt, daß sie von der süssen Gewohnheit der oppositionellen Regungen nicht zu lassen vermögen. Sie glauben ihre Popularität aufs Spiel zu setzen, wenn sie nicht ihren Wählern gegenüber anbauend ihre Gegnerschaft zur jeweiligen Regierung betonen, und so führen sie denn einen ebenso ungerathen als erbitterten Kleinen Krieg gegen eine Regierung, welche allein im Stande wäre, die republikanische Staatsverfassung vor weiterer Gefahr zu sichern. Dieses Ueberwuchern des radicalen Elementes ist nicht nur für die Fortexistenz des Ministeriums Dufaure gefährlich, sondern auch geeignet, die friedliche Fortentwicklung der Republik in Frage zu stellen. Was die Presse betrifft, so unterliegen das „J. des Deb.“ und der „Temps“ das Programm der Regierung; sie stehen auf dem Boden des linken Centrums, sie nehmen an was die Regierung bietet, und erwarten, daß dieselbe damit nicht für alle Zukunft ihr letztes Wort gesprochen habe. In der That, kein Vorgang in der Vergangenheit berechtigt zu der Annahme, daß das letzte Wort nun gesprochen sei. Die Männer, welche das Ministerium Dufaure bilden, dürfen mit Recht auf ihre Vergangenheit verweisen als Bürgin dafür, daß sie auch in Zukunft zu der Sache des Fortschritts stehen werden. Das Organ Gambetta's findet das Programm von einem sehr kleinen Anzahl von Punkten befriedigend. Schon keine Frage sei manchangst; jedes Department der Verwaltung habe sein Contingent zu demselben gestellt, ohne daß ein dirigirender Geist das Ganze beherrscht und eingetrickelt habe. Was den Inhalt des Programms betrifft, so richtet sich die erste Einwendung der „Republique Francaise“ gegen die Stelle hinsichtlich der antirepublicanischen Beamten; sie verlangt kategorischere Erklärungen als das Programm enthalte; dasselbe lasse in dieser Beziehung zwar alle Strenge zu, schließe aber keinerlei Schwäche aus; man müsse bestimmter, deutlicher sprechen. Das Blatt Gambetta's erkennt sodann den umfassenden Charakter der angelegentlichen Begnadigungen an, ebenso die Absicht der Regierung, durch ein Gesetz auch den Contumacirten die erwünschte Erlösung von Processbedrohungen zu bieten, aber dasselbe würde den Weg der Amnestie vorgezogen haben. In der Tariffrage habe die Regierung allerdings nicht mehr sagen können als sie gesagt, da sie in dieser Beziehung den noch wenig festgestellten Absichten der Kammer nicht wohl habe vorgreifen können; dagegen bleibe die Erklärung in dem den öffentlichen Unterricht betreffenden Theil merklich hinter den unabweidungstheiligen Anschauungen der Mehrheit zurück. Der Primarunterrichtszwang kann keinem ernstlichen Widerstand mehr begegnen, aber was die dem Staatsunterricht gemachte Concurrrenz betrifft, hätte man wohl vom Cabinet ebenso feste Erklärungen erwarten dürfen, wie sie dieser Tage der Präsident des linken Centrums des Senats gegeben hat. Nicht nur hat das Cabinet diese Erklärungen nicht wiederholt, sondern scheint ihnen selbst zu widersprechen; es beschränkt sich darauf, für den Staat die Verleihung der Grade zurückzufordern, in allen sich bereit, die angebliche Unterrichtsfreiheit „in allen Graden“ aufrechtzuerhalten, was das Gesetz von 1850 und den größten Theil des Gesetzes von Jahre 1875 aus dem Debatte ausschließen scheint. Unbefriedigend findet ferner das Blatt Gambetta's noch zwei Punkte: „einmal den, welcher sich auf das Gesetz bezieht, der großen Commandos bezieht: es soll gewissenhaft ausgeführt werden, sagt das Programm, und Ausnahmen sollen nur zum Besten des Dienstes gemacht werden. Man kann zugeben, daß dies nur eine ungeschickte Fassung ist; weniger erklärlich ist aber das, was in Bezug auf den Staatsrath gesagt ist. Man erwartete die Erneuerung dieser Körperschaft; die Regierung antwortet, daß man ein Gesetz vorbereite, um die Zahl der Mitglieder derselben zu vermehren. Dies gleicht statt

einem Quidproquo.“ Wie man sieht, greifen diese Ausstellungen nicht so tief, daß sie nicht durch Erklärungen der Regierung bei der Debatte beseitigt oder doch bedeutend abgeschwächt werden können.

Das französische Ministerprogramm wird seitens der Englischen Presse mit großem Interesse besprochen. Die „Times“ halten dasselbe im Ganzen so sehr befriedigend, daß es ihnen schwer fällt, bei der unglücklichen Laune, welche ein Theil der republikanischen Partei an den Tag gelegt, nicht die Geduld zu verlieren und fragt dabei: „Was kann die republikanische Partei mehr verlangen, in einem Augenblicke, da die Vermeidung aller Aufregung mindestens ebenso sehr notwendig ist, als die Reformen selber.“ Das Geschrei um Entlassung des Cabinets, weil es General Gresley als Collegen aufgenommen, habe keinen Sinn. Wenn die republikanische Partei heute den Kriegsminister oder das Cabinet stürzen wollte, so würde angenommen werden müssen, daß sie die jüngsten Wahlen nicht verstanden habe. — Der „Standard“ glaubt, daß der Sturz des Dufaure-Cabinetts dem Vertrauen des Auslandes in die gepriete Weisheit und Mäßigung der französischen Republikaner einen schweren Stoß versetzen würde. Das conservative Blatt findet sich dies Ereignis nur in zweierlei Weise erklären, deren keine den Freunden der Republik Frankreichs günzlich laute; nämlich, daß Gambetta schlechterdings nicht die verhältnißliche und beschwichtigende Politik treibe, die man ihm seit langer Zeit nachsage, oder daß seine Hände durch seine Anhänger gebunden und er sich zu einem entschiedenem Tone verpflichtet halte, trotz seines Wunsches, dem Cabinet gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten.

In England werden immer mehr Stimmen laut, daß Kandahar in Zukunft unter Englischer Herrschaft verbleiben müsse. Obwohl der Bormarsh dorthin die längste Linie von der Indo-Britischen Bahn aus durch die Gebirge in einem Richtung leichter gewesen, als auf der Kheiber- und Kurum-Linie, indem die einheimische Bevölkerung zwischen Quetta und Kandahar die Engländer eher wie Allirte aufnahm, denn als Feinde behandelte. Der Beludschien-Stamm reicht in diese Gegend herein; und mit den Beludschien, die den Engländern die Befreiung von Quetta gestatteten, steht die Indische Regierung auf gutem Fuß. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß der Besitz Kandahars, eines Stückes des Kurum-Gebietes und des Kheiber-Passes allerdings für die zukünftige Sicherheit Indiens von größtem Werth wäre. Bei dem systematischen Eroberungs-Zuge, den die Russische Regierung seit langen Jahren nach der Indischen Grenze hin, wenn auch sprunghaft, so doch planmäßig, ausgeführt, die ihm bereits unter der Hand angewiesene) Tschitral- und Swat-Districte mit seinem Gebiete vereinigte. Für die lange Linie nach Kandahar würden freilich mehrere Englische Truppen-Stationen anzulegen sein. Alles zusammen genommen, wäre die militärische Grenze dadurch unzweifelhaft verbessert. Der eigentliche Punkt ist jedoch, daß England die Russengefahr nicht alzu nahe an sich darf herankommen lassen. Es muß voran, damit sein Nimbus nicht unter den Völkern Indiens selbst geschwächt werde, was bei einem etwa sich mit Rußland ergebenden Conflict eine bedenkliche innere Krisis in seinem kaiserlichen Reich nach sich ziehen könnte. Seine Position als Weltmacht legt ihm einmal diese Pflicht auf — es möchte denn bereit sein, dem möglichen Verluste Indiens ruhig entgegen zu blicken. Aus diesen Gründen wird der Feldzug, wenn glücklich zu Ende geführt, die beregten Resultate haben müssen. — Der die Colonie des Generals Stewart begleitende Special-Correspondent des „Standard“ übermittelt einen vom 13. d. datirten längeren telegraphischen Bericht über den Einzug der Britischen Truppen in Kandahar, und bemerkt u. A.: „Die Einwohnerchaft von Kandahar ist völlig friedlich gesinnt und die Gewerbetreibenden geben offen ihre Befriedigung über ihre Befreiung von dem in Kabul ausgeübten Despotismus Ausdruck. Die Gaden sind alle geöffnet und die Geschäfte nehmen ihren gewöhnlichen Verlauf. Es ist nicht für notwendig